

## SERVICE PUBLIC FEDERAL MOBILITE ET TRANSPORTS

[C - 2013/14036]

**22 JUNI 2011. — Arrêté royal relatif à la licence des conducteurs et aux registres des licences et des attestations**  
Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 22 juin 2011 relatif à la licence des conducteurs et aux registres des licences et des attestations (*Moniteur belge* du 1<sup>er</sup> juillet 2011).

Cette traduction a été établie par le Service de traduction du Service public fédéral Mobilité et Transports à Bruxelles.

## FEDERALE OVERHEIDSDIENST MOBILITEIT EN VERVOER

[C - 2013/14036]

**22 JUNI 2011. — Koninklijk besluit betreffende de vergunning voor treinbestuurders en de registers van vergunningen en bevoegdheidsbewijzen. — Duitse vertaling**

De hiernavolgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 22 juni 2011 betreffende de vergunning voor treinbestuurders en de registers van vergunningen en bevoegdheidsbewijzen (*Belgisch Staatsblad* 1 juli 2011).

Deze vertaling is opgemaakt door de Vertaaldienst van de Federale Overheidsdienst Mobiliteit en Vervoer in Brussel.

## FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST MOBILITÄT UND TRANSPORTWESEN

[C - 2013/14036]

**22 JUNI 2011 — Königlicher Erlass über die Fahrerlaubnis der Triebfahrzeugführer und die Register der Fahrerlaubnisse und Bescheinigungen — Deutsche Übersetzung**

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlicher Erlass vom 22. Juni 2011 über die Fahrerlaubnis der Triebfahrzeugführer und die Register der Fahrerlaubnisse und Bescheinigungen.

Diese Übersetzung ist vom Übersetzungsdienst des Föderalen Öffentlichen Dienstes Mobilität und Transportwesen in Brüssel erstellt worden.

## FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST MOBILITÄT UND TRANSPORTWESEN

**22. JUNI 2011 — Königlicher Erlass über die Fahrerlaubnis der Triebfahrzeugführer und die Register der Fahrerlaubnisse und Bescheinigungen**

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Gesetzes vom 19. Dezember 2006 über die Sicherheit des Eisenbahnbetriebs, Artikel 37/27 §§ 1 und 3, eingefügt durch das Gesetz vom 26. Januar 2010;

Aufgrund des Gutachtens der Sicherheitsbehörde vom 16. März 2011;

Aufgrund der Einbeziehung der Regionalregierungen;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 5. April 2011;

Aufgrund des Einverständnisses des Staatssekretärs für Haushalt vom 25. Mai 2011;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 49.470/4 des Staatsrates, das am 2. Mai 2011 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 1 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat abgegeben wurde;

Auf Vorschlag Unseres Premierministers und Unseres Staatssekretärs für Mobilität,

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

KAPITEL 1 — *Allgemeines*

**Artikel 1** - Der vorliegende Erlass setzt teilweise die Richtlinie 2007/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Zertifizierung von Triebfahrzeugführern, die Lokomotiven und Züge im Eisenbahnsystem in der Gemeinschaft führen, um.

**Art. 2** - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses ist zu verstehen unter:

1. Gesetz: das Gesetz vom 19. Dezember 2006 über die Sicherheit des Eisenbahnbetriebs;

2. Verordnung: die Verordnung (EU) Nr. 36/2010 der Kommission vom 3. Dezember 2009 über Gemeinschaftsmodelle für die Fahrerlaubnis der Triebfahrzeugführer, Zusatzbescheinigungen, beglaubigte Kopien von Zusatzbescheinigungen und Formulare für den Antrag auf Erteilung einer Fahrerlaubnis für Triebfahrzeugführer gemäß der Richtlinie 2007/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

KAPITEL 2 — *Die Fahrerlaubnis der Triebfahrzeugführer*Abschnitt 1 — *Allgemeines*

**Art. 3** - § 1 Der Antragsteller stellt seinen Antrag bei der Sicherheitsbehörde mithilfe eines Antragsformulars gemäß eines in Anhang IV der Verordnung festgelegten Gemeinschaftsmodells. Die beizufügenden Dokumente und Bescheinigungen sind in der Verordnung und in Artikel 37/1 des Gesetzes festgelegt.

§ 2 Die Sicherheitsbehörde kann vorab die Erteilung von zusätzlichen Informationen bei der Antragstellung festlegen.

§ 3 Die Sicherheitsbehörde stellt dem Antragsteller das Antragsformular kostenlos zur Verfügung.

Die Sicherheitsbehörde stellt dem Antragsteller alle nützlichen Informationen in einem Leitfaden, in dem das Verfahren zur Beantragung erklärt, die erforderlichen Dokumente und Bescheinigungen aufgelistet und das Verlangen nach zusätzlichen Informationen begründet wird, kostenlos zur Verfügung. Das Antragsformular und der Leitfaden sind auf der Internetseite des Föderalen Öffentlichen Dienstes Mobilität und Transportwesen erhältlich.

§ 4 Die aus einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union stammenden Dokumente und Bescheinigungen müssen gegebenenfalls zusammen mit einer beglaubigten Abschrift einer zuständigen Behörde des Ursprungslandes oder einer zuständigen Behörde der Europäischen Kommission sowie einer Übersetzung entweder auf Niederländisch, Französisch oder Deutsch eingereicht werden. Diese Dokumente und Bescheinigungen werden dem Antrag beigefügt.

§ 5 Bei jedem Briefwechsel oder in jeder E-Mail muss der Antragsteller die folgenden Angaben nennen:

1. den Namen des Ansprechpartners;
2. die Telefon- sowie, gegebenenfalls, die Faxnummer;

3. die E-Mail-Adresse;
4. sonstige nützliche Informationen.

#### Unterabschnitt 1 — Antrag auf Erteilung einer Fahrerlaubnis

**Art. 4 - § 1** Die in Artikel 37/1 Absatz 4 bis 6 des Gesetzes festgelegten und dem Antrag auf Erteilung einer Fahrerlaubnis beigelegten Bescheinigungen dürfen nicht älter als ein Jahr sein.

§ 2 Der Bewerber stellt einen Antrag auf Erteilung einer Fahrerlaubnis, indem er persönlich vorstellig wird und über ein Antragsformular und die erforderlichen Dokumente und Bescheinigungen im Original gemäß Anhang IV der Verordnung und Artikel 37/1 des Gesetzes verfügt.

Der Bewerber wendet sich zu diesem Zweck an einen Schalter des Föderalen Öffentlichen Dienstes Mobilität und Transportwesen, dessen Öffnungszeiten auf seiner Internetseite eingesehen werden können.

§ 3 In Abweichung von § 2 können die als Stelle gemäß Artikel 37/2 des Gesetzes wirkenden Eisenbahnunternehmen oder die Fahrwegbetreiber einen Antrag auf den Namen eines Bewerbers mithilfe einer geschützten Internetanwendung, die über die Internetseite der Sicherheitsbehörde des Föderalen Öffentlichen Dienstes Mobilität und Transportwesen zugänglich ist, einreichen.

Die Vorschriften bezüglich des Zugangs und der Verwendung der Internetanwendung werden in dem in Artikel 3 § 3 genannten Leitfaden veröffentlicht.

#### Unterabschnitt 2 — Antrag auf Ausstellung einer Erneuerung, eines Duplikats oder einer Aktualisierung

**Art. 5 - § 1** Der Triebfahrzeugführer stellt einen Antrag auf Ausstellung einer Erneuerung, eines Duplikats oder einer Aktualisierung, indem er persönlich vorstellig wird und über seine Fahrerlaubnis und die erforderlichen Dokumente und Bescheinigungen im Original gemäß Anhang IV der Verordnung und Artikel 37/3 des Gesetzes verfügt. Der Triebfahrzeugführer wendet sich zu diesem Zweck an einen Schalter des Föderalen Öffentlichen Dienstes Mobilität und Transportwesen, dessen Öffnungszeiten auf seiner Internetseite eingesehen werden können.

§ 2 In Abweichung von § 1 können die als Stelle gemäß Artikel 37/2 des Gesetzes wirkenden Eisenbahnunternehmen oder die Fahrwegbetreiber einen Antrag auf den Namen eines Triebfahrzeugführers mithilfe einer geschützten Internetanwendung, die über die Internetseite der Sicherheitsbehörde des Föderalen Öffentlichen Dienstes Mobilität und Transportwesen zugänglich ist, einreichen.

Die Vorschriften bezüglich des Zugangs und der Verwendung der Internetanwendung werden in dem in Artikel 3 § 3 genannten Leitfaden veröffentlicht.

§ 3 Ein Antrag auf Erneuerung der Fahrerlaubnis darf höchstens sechs Monate vor dem Ablaufdatum der Fahrerlaubnis gestellt werden.

#### Abschnitt 2 — Prüfung des Antrags und Ausstellung der Fahrerlaubnis

**Art. 6 - § 1** Falls die erforderlichen und in Artikel 3 § 2 festgelegten Dokumente und Bescheinigungen nicht dem Antrag beigelegt wurden, unvollständig oder falsch sind, ist der Antrag unzulässig.

Die Sicherheitsbehörde informiert den Antragsteller auf dem Postweg oder auf elektronischem Wege über die Unzulässigkeit des Antrags.

§ 2 Ein Antrag auf Erneuerung, der nach dem in Artikel 5 § 3 des vorliegenden Erlasses erwähnten Datum gestellt wurde, ist unzulässig.

**Art. 7 - § 1** Nach Empfang des vollständigen und richtigen Antrags, händigt die Sicherheitsbehörde innerhalb der in Artikel 37/2 des Gesetzes erwähnten Frist, die Fahrerlaubnis an den Antragsteller gegen den Erhalt einer Empfangsbestätigung aus.

§ 2 Das Modell der ausgestellten Fahrerlaubnis der Triebfahrzeugführer entspricht dem in Anhang I der Verordnung genannten Modell.

#### KAPITEL 3 — Register der Fahrerlaubnisse und Bescheinigungen

**Art. 8 -** Um eine Manipulation der Daten des Fahrerlaubnisregisters zu vermeiden:

1. ergreift der Föderale Öffentliche Dienst Mobilität und Transportwesen technische Maßnahmen, um die im Register gespeicherten Daten zu sichern;
2. sieht die Sicherheitsbehörde ein Verfahren vor, das die vertrauliche Verwaltung der sich im Register befindlichen Daten gewährleistet;
3. übt die Sicherheitsbehörde eine wirksame Kontrolle aus, um sicherzustellen, dass die sich im Register befindlichen Daten richtig sind und um zu vermeiden, dass der sich im Register befindliche Inhalt unerwünscht abgeändert wird.

**Art. 9 -** Um eine Manipulation der Daten des Registers der Bescheinigungen zu vermeiden, ergreifen die Eisenbahnunternehmen und der Fahrwegbetreiber der Eisenbahninfrastruktur die folgenden Maßnahmen:

1. sie ergreifen technische Maßnahmen, um die sich in den Registern befindlichen Daten zu sichern;
2. sie sehen ein Verfahren vor, das die vertrauliche Verwaltung und die Richtigkeit der sich in den Registern befindlichen Daten gewährleistet;
3. sie üben eine wirksame Kontrolle aus, um sicherzustellen, dass die sich in den Registern befindlichen Daten richtig sind und um zu vermeiden, dass der sich in den Registern befindliche Inhalt unerwünscht abgeändert wird.

**Art. 10** - Der Minister, zu dessen Zuständigkeitsbereich der Schienenverkehr gehört, ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 22. Juni 2011

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Premierminister

Y. LETERME

Der Staatssekretär für Mobilität

E. SCHOUPE

SERVICE PUBLIC FEDERAL MOBILITE ET TRANSPORTS

[C – 2013/14031]

**31 JANVIER 2013.** — Arrêté ministériel fixant les dispositifs de sécurité du passage à niveau n° 3 sur la ligne ferroviaire n° 90, tronçon Y. Jurbise à Ath, situé à Jurbise, à la hauteur de la borne kilométrique 50.370

Le Secrétaire d'Etat à la Mobilité,

Vu la loi du 12 avril 1835 concernant les péages et les règlements de police sur les chemins de fer, l'article 2, interprété par la loi du 11 mars 1866;

Vu la loi du 23 juillet 1926 relative à la S.N.C.B.-Holding et à ses sociétés liées, l'article 17, remplacé par la loi du 1<sup>er</sup> août 1960 et modifié par l'arrêté royal du 18 octobre 2004;

Vu la loi relative à la police de la circulation routière, coordonnée le 16 mars 1968, l'article 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>;

Vu l'arrêté royal du 11 juillet 2011 relatif aux dispositifs de sécurité des passages à niveau sur les voies ferrées, l'article 11, § 1<sup>er</sup>;

Vu l'arrêté ministériel n° A/01914/90/3 du 31 août 2012;

Considérant que les dispositifs de sécurité du passage à niveau n° 3 ont été réévalués;

Considérant qu'il est nécessaire d'équiper de façon complémentaire ce même passage à niveau avec un signal routier supplémentaire, en tenant compte des caractéristiques de la circulation routière et ferroviaire ainsi que de la visibilité du passage à niveau visé,

Arrête :

**Article 1<sup>er</sup>.** Le passage à niveau n° 3 sur la ligne ferroviaire n° 90, tronçon Y. Jurbise à Ath, situé à Jurbise, à la hauteur de la borne kilométrique 50.370, est équipé des dispositifs de sécurité visés à l'article 3, 1°, le signal routier A47 et 2°, a) de l'arrêté royal du 11 juillet 2011 relatif aux dispositifs de sécurité des passages à niveau sur les voies ferrées.

**Art. 2.** Le même passage à niveau est en plus équipé des dispositifs de sécurité visés à l'article 4, 1° b), 3°, 4°, 5° et 6° du même arrêté royal :

1) le système à fermeture partielle, de part et d'autre du passage à niveau;

2) un signal sonore, de part et d'autre du passage à niveau;

3) un signal routier A47;

a) à gauche de la route, côté Montignies-lez-Lens;

b) à gauche de la route, côté Montignies-lez-Lens et orienté vers le chemin d'accès le long de la voie ferrée;

c) à droite de la route, côté Jurbise et orienté vers le chemin de terre le long de la voie ferrée;

4) sur chaque signal routier A47 supplémentaire, un signal lumineux de circulation d'interdiction de passage;

5) sur chaque signal routier A47, un signal lumineux de circulation d'autorisation de passage.

**Art. 3.** L'arrêté ministériel n° A/01914/90/3 du 31 août 2012 est abrogé.

Bruxelles, le 31 janvier 2013.

M. WATHELET

FEDERALE OVERHEIDSDIENST MOBILITEIT EN VERVOER

[C – 2013/14031]

**31 JANUARI 2013.** — Ministerieel besluit tot vaststelling van de veiligheidsinrichtingen van de overweg nr. 3 op de spoorlijn nr. 90, baanvak Y. Jurbeke te Aat, gelegen te Jurbeke, ter hoogte van de kilometerpaal 50.370

De Staatssecretaris voor Mobiliteit,

Gelet op de wet van 12 april 1835 betreffende het tolgeld en de reglementen van de spoorwegpolitie, artikel 2, geïnterpreteerd bij de wet van 11 maart 1866;

Gelet op de wet van 23 juli 1926 betreffende N.M.B.S.-Holding en haar verbonden vennootschappen, artikel 17, vervangen bij de wet van 1 augustus 1960 en gewijzigd bij het koninklijk besluit van 18 oktober 2004;

Gelet op de wet betreffende de politie over het wegverkeer, gecoördineerd op 16 maart 1968, artikel 1, eerste lid;

Gelet op het koninklijk besluit van 11 juli 2011 betreffende de veiligheidsinrichtingen aan overwegen op de spoorwegen, artikel 11, § 1;

Gelet op het ministerieel besluit nr. A/01914/90/3 van 31 augustus 2012;

Overwegende dat de veiligheidsinrichtingen aan de overweg nr. 3 werden herbekeken;

Overwegende dat het noodzakelijk is, rekening houdend met de kenmerkende eigenschappen van het weg- en spoorverkeer en met de zichtbaarheid van bedoelde overweg, deze overweg uit te rusten met een bijkomend weglichtsein,

Besluit :

**Artikel 1.** De overweg nr. 3 op de spoorlijn nr. 90, baanvak Y. Jurbeke te Aat, gelegen te Jurbeke, ter hoogte van de kilometerpaal 50.370, wordt uitgerust met de veiligheidsinrichtingen bedoeld in artikel 3, 1°, het verkeersbord A47 en 2°, a) van het koninklijk besluit van 11 juli 2011 betreffende de veiligheidsinrichtingen aan overwegen op de spoorwegen.

**Art. 2.** Dezelfde overweg wordt bijkomend uitgerust met de veiligheidsinrichtingen bedoeld in artikel 4, 1° b), 3°, 4°, 5° en 6° van hetzelfde koninklijk besluit :

1) het systeem met gedeeltelijke afsluiting, aan weerszijden van de overweg;

2) een geluidsein, aan weerszijden van de overweg;

3) een verkeersbord A47:

a) links van de weg, kant Montignies-lez-Lens;

b) links van de weg, kant Montignies-lez-Lens en georiënteerd naar de toegangsweg langs de spoorlijn;

c) rechts van de weg, kant Jurbeke en georiënteerd naar de aardeweg langs de spoorlijn;

4) op elk bijkomend verkeersbord A47, een verkeerslicht dat de overgang verbiedt;

5) op elk verkeersbord A47, een verkeerslicht dat de overgang toestaat.

**Art. 3.** Het ministerieel besluit nr. A/01914/90/3 van 31 augustus 2012 wordt opgeheven.

Brussel, 31 januari 2013.

M. WATHELET